

EINFÜHRUNG VON BETREUUNGSGELDE SETZT FALSCHEN ANSPRUCH AUF KrippenPLATZ

erschienen am 15. Juni 2012

[Betreuungsgeld](#), [FDP](#), [Gesetz](#)

In Anbetracht der heute eigentlich als „Krippenkrise“ bezeichneten Situation des Gesetzesentwurfes zum Betreuungsgeld hat die FDP Sachsen-Anhalt unter der Leitung der Landesvorsitzenden der FDP Sachsen-Anhalt Veit Wittenberg folgende Pressemitteilung veröffentlicht:

„Die Einführung des Betreuungsgeldes ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Seit Jahren bemüht sich die Politik, Familien bei der Kinderbetreuung zu unterstützen. Dieses Gesetz widerspricht diesem Ziel und führt zu weiteren Verzerrungen im Sozialrecht.“

„Zumal sich die FDP Sachsen-Anhalt ein sozialpolitisches Ziel gesetzt hatte, ab 01.01.2013 unter anderem den Anspruch auf einen Krippenplatz zu geben. Die FDP Sachsen-Anhalt ist der Meinung, dass man sich auf die Erfüllung dieser Aufgabe konzentrieren sollte, und nicht eine milliarden schwere „Herdprämie“ einführen sollte.“

Als anmaßend bezeichnet Wolpert den Verweis Seehofers auf den Koalitionsvertrag, in dem es um zahlreichen anderen sinnvolleren Projekten einer derjenigen, die in der Regierung sind.

„Wenn der bayrische Minister das Betreuungsgeld haben möchte, kann er dies gern im Freistaat Bayern einrichten“, meint Wolpert abschließend.